



„Seien Sie versichert, dass ich erwarte, dass der Präsident während der Genesung weiterhin ohne Unterbrechung seinen Pflichten nachkommen wird.“

Nach Angaben von Trumps Leibarzt Sean Conley geht es dem Präsidenten gut

Kontroverse Äußerungen des US-Präsidenten zur Pandemie

WASHINGTON (APA/AFP). Monatlang hat US-Präsident Donald Trump die US-Bürger mit falschen oder irreführenden Äußerungen zur Corona-Pandemie verwirrt. Jetzt wurde bei Trump und seiner Frau Melania eine Corona-Infektion nachgewiesen. Eine Chronologie zu Trumps umstrittenen Äußerungen:

22. Jänner – Auf die Frage eines Journalisten nach dem ersten bestätigten Fall in den USA, ob er Sorgen angesichts einer möglichen Pandemie habe, sagt Trump: „Nein, überhaupt nicht. Wir haben es vollkommen unter Kontrolle.“

10. Februar – Bei einer Wahlkampfveranstaltung: „Es scheint, dass theoretisch im April, wenn es etwas wärmer wird, es wie durch ein Wunder weggeht.“

17. März – Bei einer Presseunterkunft im Weißen Haus: „Ich habe immer gewusst, dass das eine wirkliche, dass das eine Pandemie ist. Ich habe gefühlt, dass es eine Pandemie ist, lange bevor es als Pandemie bezeichnet wurde.“

22. März – Trump zeigt sich auf Twitter verärgert über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns: „Wir können nicht zulassen, dass das Heilmittel schlimmer ist als das Problem selbst.“

23. April – Bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus: „Und dann sehe ich Desinfekti-

onsmittel, das es (das Virus) in einer Minute ausknockt. In einer Minute. Und gibt es einen Weg, so etwas zu machen, durch eine Injektion ins Innere oder fast wie eine Säuberung. Denn es gelangt in die Lunge und macht eine unglaubliche Zahl (unklar) auf die Lungen. Es wäre interessant, das zu prüfen.“

9. September – Auszüge aus einem Enthüllungsbuch des Starjournalisten Bob Woodward belegen, dass Trump die US-Bürger bewusst über die Gefahren der Corona-Pandemie im Unklaren gelassen hat. In einem aufgezeichneten Gespräch mit Woodward im März sagte Trump, er habe die vom Virus ausgehende Gefahr herunterspielen wollen. Nach den Enthüllungen verteidigt Trump sich damit, dass er „Panik“ im Land habe vermeiden wollen.

29. September – Im TV-Duell mokiert Trump sich darüber, dass sein Herausforderer Joe Biden wegen der Corona-Pandemie so häufig eine Schutzmaske trage. „Die größte Maske, die ich jemals gesehen habe“, sagt der US-Präsident.

1. Oktober – Inmitten der heißen Wahlkampfphase gibt Trump auf Twitter bekannt, dass er und seine Frau Melania sich mit dem neuartigen Coronavirus infiziert haben. Das Präsidentenpaar begibt sich im Weißen Haus in Quarantäne. Ein Wahlkampfauftritt in Florida wird abgesagt. ○



Weniger als 5 Wochen vor der US-Präsidentenwahl haben sich Amtsinhaber Donald Trump und First Lady Melania mit dem Coronavirus angesteckt. APA/afp/MANDEL NGAN

Donald Trump in Quarantäne

COVID-19: US-Präsident und seine Frau positiv getestet – Derzeit keine Auswirkungen auf Amtsgeschäfte

WASHINGTON (dpa). Weniger als 5 Wochen vor der US-Präsidentenwahl haben sich Amtsinhaber Donald Trump und First Lady Melania mit dem Coronavirus angesteckt. Donald Trump muss seine Amtsgeschäfte nun in Quarantäne im Weißen Haus führen. Seine Wahlkampfauftritte – bei denen der 74-jährige Republikaner regelmäßig ohne Schutzmaske aufgetreten war – liegen auf Eis.

Die „New York Times“ und der Sender NBC berichteten, dass der Präsident der größten Volkswirtschaft der Welt milde Symptome aufweise. Sollte Trump seine Amtsgeschäfte nicht ausüben können, müsste Vizepräsident Mike Pence einspringen.

Pence ließ einen Test machen, der negativ ausfiel. Der Vizepräsident werde seit Monaten täg-

lich auf das Coronavirus getestet, schrieb sein Sprecher Devin O'Malley auf Twitter.

Der Blick richtete sich auch auf seinen demokratischen Herausforderer Joe Biden, mit dem Trump am Dienstag bei einem Fernsehduell auf einer Bühne stand. Dem Sender CNN zufolge wollte Biden sich noch am Freitag testen lassen. Je nach Verlauf könnte die Infektion Trumps schwerwiegende Auswirkungen auf das weitere Wahlverfahren haben. Trump wird seit Monaten dafür kritisiert, die Gefahr durch das Virus kleinzureden.

Laut Trumps Leibarzt Sean Conley geht es dem Präsidenten gut. „Seien Sie versichert, dass ich erwarte, dass der Präsident während der Genesung weiterhin ohne Unterbrechung seinen Pflichten nachkommen wird“, erklärte Conley. Trump schrieb kurz nach Mitternacht am Freitag auf Twitter: „Wir werden unsere Quarantäne und Erholung

sofort beginnen. Wir werden das GEMEINSAM durchstehen.“

Biden teilte auf Twitter mit, er und seine Ehefrau Jill Biden wünschten Donald und Melania Trump „eine rasche Genesung“. „Wir werden weiterhin für die Gesundheit und Sicherheit des Präsidenten und seiner Familie beten.“ Die Vorsitzende des Repräsentantenhauses, die Demokratin Nancy Pelosi, sagte dem Sender CNN ebenfalls, sie bete für den Präsidenten und die First Lady. „Und hoffentlich wird das eine Botschaft an den Rest des Landes sein, dass Sie Ihre Maske tragen müssen.“ Pelosi steht in der Rangfolge an dritter Stelle nach dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten. Nach Angaben des Weißen Hauses wurden Trumps Tochter und Beraterin Ivanka Trump, ihr Ehemann Jared Kushner – auch er ein Berater des Präsidenten – sowie Trumps Sohn Barron negativ auf das Virus getestet. US-Außenmi-

nister Mike Pompeo sagte auf einem Flug nach Kroatien, sein Test am Freitag sei negativ ausgefallen. Die Vorsitzende des Parteivorstands der Republikaner, Ronna McDaniel, wurde nach Angaben der Partei dagegen positiv getestet.

Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) steigt bei Coronavirus-Infektionen das Risiko einer schweren Erkrankung ab 50 bis 60 Jahren stetig mit dem Alter an. Als weitere Risikofaktoren gelten Vorerkrankungen wie etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes.

Dem US-Präsidenten wird in der Pandemie immer wieder vorgeworfen, die Gefahr durch das Virus nicht ernst zu nehmen. Er trägt in der Öffentlichkeit meistens keine Maske und hat sich mehrfach abfällig über das Maskentragen geäußert. ○

VIDEO auf abo.dolomiten.it



Donald Trump mit Mund-Nasen-Schutz. APA/afp/ALEX EDELMAN

EUROPA-SPLITTER

Auf- oder Abgesang?

RECHTSSTAATLICHKEIT: Der erste Jahresbericht zu allen 27 Mitgliedstaaten wird vorgestellt

Lang ist er erwartet worden, der EU-Bericht, der nun einmal im Jahr die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten messen soll. In Brüsseler Korridoren und in den Büros der 27 Hauptstädte munkelte man über das Prozedere, den Mehrwert und den möglichen Inhalt dieses neuen Instruments. Den Dienststellen der Kommission war es aber gelungen, jede Art von „leak“ zu vermeiden, und so konnten sich die zuständigen Kommissare Didier Reynders und Vera Jourova einiger Aufmerksamkeit gewiss sein, als sie den Bericht am Mittwoch vorstellten.

Auf 27 Seiten wird zusammengefasst, wie es um die Rechtsstaatlichkeit in der EU steht. Und zwar in diesen 4 für die Rechtsstaatlichkeit zentralen Bereichen:

- Zustand der Justizsysteme,
- Lage der Korruptionsbekämpfung,
- Ausmaß an Medienpluralismus und -freiheit,
- sonstige institutionelle Fra-

gen im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung.

Dazu kommen noch ebenso viele Seiten für jeden einzelnen Mitgliedstaat. Es wird gelobt, aber ebenso auch sehr deutlich an den Pranger gestellt. Bei aller diplomatischen Korrektheit werden die Dinge angesprochen, wie sie sind, nämlich problematisch. Auf politischer Ebene führt das zu starkem Wind. In einem Interview mit dem „Spiegel“ sagte die EU-Kommissarin, dass die EU zu lange naiv gewesen sei und dass in Ungarn eine „kranke Demokratie“ entstehe. Prompt erhielt die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen formellen Brief aus Budapest: Sie möge die Kommissarin Jourova entlassen, denn diese habe die Würde des ungarischen Volkes verletzt.

Wie kommt Italien davon? Nicht allzu schlecht. Es wird bestätigt, dass die Unabhängigkeit der italienischen Gerichte auf einen soliden Rechtsrahmen baut. Allerdings gelingt es nicht, dies auch in eine entsprechende



Bei Ungarns Premier Viktor Orbán in Ungnade gefallen: EU-Kommissarin Vera Jourova. APA/afp/

Wahrnehmung in der Bevölkerung überfließen zu lassen. Auch die Effizienz des Justizsystems werde durch große Her-

ausforderungen bedroht. Auf die zahlreichen anhängigen Reformen wird zwar verwiesen, ebenso aber auf die nach wie vor vorherrschende Langsamkeit des Systems. Wer den Rechtsrahmen der Korruption im Land bekämpft, findet Anerkennung. Doch auch hier wird erwähnt, dass zu lange Strafverfahren diese Bemühungen konterkarieren. Umfragen zeigen, dass insbesondere im Geschäftsbereich die Ansicht vorherrscht, dass Korruption weitverbreitet sei. 91 Prozent der Unternehmen sind dieser Ansicht, während es im EU-Schnitt „nur“ 63 Prozent sind.

Gelobt werden die Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörde im Bereich audiovisueller Medien und die Tatsache, dass Italien das erste EU-Land ist, das eine Stelle zum Schutz von Journalisten eingerichtet hat. Dass Italien nach wie vor keine unabhängige nationale Menschenrechtssinstitution hat, findet auch negative Erwähnung. ○

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Die Rechtsstaatskultur eines Landes ist nicht Ausdruck seiner nationalen Identität, sondern eine EU-Angelegenheit?

Gabriel N. Toggenburg: Tatsächlich spielt dieser Gegensatz zwischen nationaler Identität und EU-Kompetenz im Hintergrund eine Rolle.

„D“: Warum?

Toggenburg: Nehmen Sie die Frage, wie wir Richter in das nationale Verfassungsgericht berufen. Das regeln alleine die Mitgliedstaaten. Doch wenn Rechtsnormen und Rechtspraxis dazu führen, dass Unabhängigkeit und Effizienz der Gerichte nicht gewährleistet sind, so stellt das ein Risiko für die Umsetzung des EU-Rechts dar. Und es bedroht das Vertrauen zwischen den 27 Rechtssystemen. Deshalb die Notwendigkeit, dass die EU

hier einen Kontrollrahmen einführt.

„D“: Wie wurde der Bericht im Parlament aufgenommen?

Toggenburg: Durchwegs positiv! Die größte Sorge war, dass hier nur ein Papiertiger brüllt und der Bericht keine konkreten Empfehlungen oder gar Sanktionen enthält.

„D“: Also ein zahlloser Papiertiger?

Toggenburg: Das hängt auch vom Schicksal der Rechtsstaatskontrolle im Zusammenhang mit dem EU-Haushalt zusammen. Da wird man bald mehr wissen. Und es hängt von uns allen ab.

„D“: Was kann Südtirol beitragen?

Toggenburg: Die Kommission fordert lebhaft Rechtsstaatsdialoge auf nationaler Ebene ein. Die Maturaklassen in Südtirol könnten z.B. den Bericht analysieren und Diskussionen dazu veranstalten. ○

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz